BERND MARTIN

Sozialer Wandel in Japan während des Zweiten
Weltkriegs und seine Folgen für die Nachkriegszeit

Sozialer Wandel in Japan während des Zweiten Weltkriegs und seine Folgen für die Nachkriegszeit

Einführung: Asiatische Gruppengesellschaft und westliche Normen

Grundlegende Unterschiede der japanischen Gesellschaftsordnung, des Starrsten und traditionellsten sozialen Gefüges in Asien, gegenüber westlichen Systemen stellen die Wertmaßstäbe okzidentaler Wissenschaft in Frage. Entziehen sich schon politisch-militärische Entscheidungen der Tokioter Führung während des letzten Krieges den Kriterien westlicher Logik,¹ so sind soziale Prozesse als Voraussetzung jedweden gesellschaftlichen Wandels im Kaiserlichen Japan mit westlichen, am Fortschrittsdenken orientierten Rastern kaum zu fassen. Das zyklische Welt- und Geschichtsbild des ostasiatischen Kulturkreises, das in pragmatisch diesseitsbezogener Verbindlichkeit von Konfuzius festgeschrieben und in Japan mit archaischen Normen einer präfeudalen, auf Gewalt gegründeten Stammesordnung verschmolzen wurde, kennt keine zielgerichtete, qualitativ meßbare Entwicklung.²

Reformistische Initiativen oder gesellschaftspolitische Innovationen gingen nie von der Basis, den Massen des Volkes, aus, sondern wurden auch über die Zeit der Meiji-Restauration, dem Aufbruch Japans in die Moderne, hinweg von oben verfügt; sie werden auch heute von einer lediglich in ihrer Zusammensetzung gewandelten Elite initiiert. Als Motor geschichtlicher Veränderungen ist das Volk in Japan nie in Erscheinung getreten, sondern immer als geduldiger und gehorsamer Rezipient übergeordneter Direktiven.

Auch das soziale Umfeld bot sich so lange statisch, in feudal verkrusteter Form dar, bis die von Amerika erzwungene Öffnung des Landes der westlichen Technik gewaltsam Eingang verschaffte. Hierarchische Strukturen und ein das Individuum verleugnendes kollektives Arbeitsethos kamen der Übernahme des Kapitalismus als eines Kunstproduktes entgegen. Doch in die gesellschaftlich-moralische Sphäre der gruppenorientierten Menschen vermochte die Technik und Industrialisierung innewohnende Rationalität nicht einzudringen. Aus westlicher Sicht stehen in Japan dem adaptierten Rationalismus in der technisierten Wirtschaft eine dieser nicht entsprechende gesellschaftliche Irrationalität gegenüber. Beide Berei-

che kollidieren im handelnden Individuum wie allgemein in der japanischen Politik und Wirtschaft.

Die vertikale Struktur einer in paternalistisch organisierte Gruppen aufgespaltenen Gesellschaft bettet den Einzelnen in einen hierarchisch festgefügtten Platz einer überschaubaren Gemeinschaft, Familie oder Arbeitskollektiv, ein, hindert indes die Einzelperson daran, sich horizontal mit materiell oder statusmäßig Gleichgestellten in einer Klasse zu organisieren. Auch vor individueller politischer Mündigkeit oder wirtschaftlich-egoistischer Entfaltung stehen die Barrieren der Gruppe und erfordern Rücksichtnahme. Wie die Struktur, so entstammen auch die Interaktionsprozesse innerhalb der Gruppe bzw. zwischen den Gruppen – das Prinzip kindlicher Treue und Loyalität gegenüber elterlich-fürsorglicher Entscheidungsbefugnis Höhergestellter¹ – der vormodernen, dörflich-überschaubaren Agrargesellschaft; sie wurden auf die moderne Industriegesellschaft zwangsweise übertragen. Die prästabilisierte Harmonie der dörflichen Gesellschaft mit ihren Abhängigkeitsverhältnissen und ihrer hierarchisch-vertikalen Struktur erschien zum einen als bester Garant innerer Sicherheit auf dem gefährvollen Weg in die Moderne, entsprach aber zum anderen auch dem massenpsychologischen Verlangen nach Geborgenheit in einer Umbruchsituation. Bislang wurde der Japaner durch die industrielle Entwicklung kaum entwurzelt, da er in vormodernen Normen verhaftet keine individuelle Entfaltungsmöglichkeit und somit kein Erfahren der Entfremdung hatte.

Die Kriegsphase, für Japan der Zeitraum von 1937 bis 1945,⁴ hat in dieser festgefügtten Gesellschaft daher keinen sozialen Wandel, verstanden als Aufbrechen tradierter Sozialnormen, bewirkt, sondern statt dessen restaurative Strukturen eher stabilisiert. Die Kriegszeit hat indes Veränderungen bewirkt, die im technisch-administrativen Bereich am leichtesten zu fassen sind, gesellschaftlich sich indes lediglich in Umschichtungsprozessen ausmachen lassen. Welche dieser Veränderungen primär durch direkte Kriegsereignisse und -notwendigkeiten bedingt waren, welche durch eine weit-sichtige, indes programmierte amerikanische Besatzungspolitik vorangetrieben wurden oder erst in der Phase des wirtschaftlichen Aufbruchs zur industriellen Großmacht (1952–1960) voll zum Durchbruch kamen, stellt ein schwerwiegendes methodisches Problem dar. Denn Veränderungen, die sich als Prozeß vollziehen, lassen sich nicht an einzelnen Daten oder Ereignissen festmachen. Die Notwendigkeit grundlegender institutioneller Reformen trat etwa in der Regierungsspitze mit dem Verlauf des Krieges immer deutlicher hervor; Kritik zu üben oder Änderungen anzuregen, hätte indes Hochverrat bedeutet und unterblieb folglich. Im industriellen und landwirtschaftlichen Bereich hingegen konnten sich Unmut und Alternativen schon während des Krieges artikulieren, so daß nach 1945 die amerikanische Besatzungsmacht in diesen Sektoren leichter und durchgreifender umgestalten konnte. Die Massen, im Krieg restaurativ ideologisiert

und immunisiert, wurden von den liberalen Verheißungen einer freiheitlich demokratischen Welt ohnehin kaum angesprochen.

Weder die weltweit führende amerikanische Japanforschung noch die Japaner selbst haben sich bislang der Fragen angenommen, welche kriegsbedingten Faktoren der Wirtschaftsentwicklung als Modernisatoren langfristige Wirkungen zeitigten und für gesellschaftliche Veränderungen mitverantwortlich waren.⁵ Die Scheu liegt zum einen in der Unzulänglichkeit des westlichen methodischen Instrumentariums begründet, zum anderen in der Tatsache, daß in Japan die Kontinuität über das Jahr 1945 im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich trotz der verheerenden Niederlage ausgeprägter war als bei den Siegernationen oder etwa dem ehemals verbündeten Kriegspartner Deutschland. Japan stand 1945 dort, wo Deutschland 1918 gestanden hatte.

Tenno (= Regierungs-) System: Irrationalität und Unvermögen einer vormodernen Herrschaftselite

Die große japanische überregionale Tageszeitung »Asahi« kommentierte am 1. April 1945 die Kriegsanstrengungen des Landes lapidar mit dem Satz: »Von 9/10 aller Dinge kann man nicht behaupten, daß sie auf rationaler Basis erfolgen.«⁶ Das Chaos in Administration, Kriegswirtschaft und nicht zuletzt auch in den militärischen Planungen war keinesfalls eine Folge der seit Ende 1944 einsetzenden amerikanischen Großangriffe auf japanische Städte, sondern kennzeichnete als Erbe der Vergangenheit den Führungsstil der herrschenden Elite in der Zeit vor und während des Krieges. Die Dichotomie zwischen den vormodernen ethischen Normen des von einer kleinen Gruppe gestützten Kaiserlichen Systems und der durch die äußerliche Technisierung überfälligen administrativen Reformen hatte sich als der eigentliche Konfliktrahmen in den dreißiger Jahren ausgewiesen, vor dem politische Morde, militärische Putschversuche und in deren Folge außenpolitische Aggression zu sehen sind. Erst mit dem von ziviler Seite im Gegensatz zu den Militärs ausgeweiteten Konflikt mit China wurden ab 1937 die Spannungen zwischen vorindustrieller Elite und durch die Industrialisierung bedingten Folgen, wie z. B. die Verelendung der Landbevölkerung, in einem von der Führung gesteuerten kriegerischen Chauvinismus verdeckt.⁷

Die japanische Herrschaftselite hatte sich in Folge der Meiji-Restauration⁸ als Oligarchie bzw. als diktatorisches Kollektiv etabliert und rekrutierte sich aus den seit jener Zeit entscheidenden drei politischen Kräftezentren: den Hofkreisen (d. h. den führenden adeligen Familien), den Militärs, den ziviler Kontrolle entzogenen Garanten nationaler Selbstbehauptung, und drittens den eng mit Wirtschaftskreisen verflochtenen

zivilen Parteipolitikern. Der Kaiser, nach der von Preußen übernommenen Verfassung her die integrierende oberste Instanz, vermochte aufgrund seiner göttlichen Herkunft nicht direkt in die Politik einzugreifen. Der Tenno bildete den ideellen Bezugspunkt der Herrschaft wie der Einheit der Nation als Großfamilie. Die Oligarchen, bei denen in den dreißiger Jahren eine Verschiebung auf das militärische Machtzentrum stattgefunden hatte,⁹ bauten das Kaiserliche System konsequent zu einer geschlossenen, alle Lebensbereiche umfassenden Ideologie aus, um mit der Hilfe der Militärs als Büttel die Nation für den Kampf um die Erhaltung eines Systems zu formieren, das indes primär die Privilegien der überkommenen Elite beinhaltete.

Eine Führungsschicht, die aus Unvermögen, mit den gesellschaftspolitischen Fragen einer modernen Welt fertig zu werden, zur Rettung ihrer selbst verzweifelt den Ausweg einer kriegerrischen Expansion gesucht hatte, konnte auf dem einmal eingeschlagenen Weg innerer Repression und äußerer Gewalt nicht mehr zurück – es sei denn, sie wäre abgetreten. Das Weiterbestehen des Kaiserlichen Systems und seiner herrschenden Elite war daher aufs engste – wie das Überleben der nationalsozialistischen Führung – mit einem siegreichen Kriegsausgang verknüpft. Als sich die Niederlage abzeichnete, mußte die japanische wie die deutsche Führung einem dogmatischen Fatalismus verfallen.

Das Kaiserliche System zerstörte sich selbst, als es am stärksten in der Öffentlichkeit propagiert wurde. Denn die vermeintliche Geschlossenheit der Nation und der zweifellos vorhandene Konsens über soziale Verhaltensweisen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß der japanische Regierungsapparat der schwerfälligste und entschlußloseste seiner Zeit war. Das innenpolitische Labyrinth von Entscheidungs- (Unter-) Gruppen, die halbfeudalen Rituale von Beschlußfassungen, das Ausweichen vor Verantwortung, das vormoderne Orientieren des Handelns an den Kriterien von Prestige und Status spiegelten die dörflich-patriarchalische Sozialordnung kollektiver Harmonie in der Regierungsspitze wider. Politische Grundsatzentscheidungen oder das Setzen von kriegswichtigen Prioritäten erschöpften sich, da in diesen Systemen sich alles gegenseitig blockierte, in phrasenreichen, inhaltsleeren Kompromißformeln.¹⁰ In der politischen und ab 1941 militärischen Auseinandersetzung mit den westlichen Gemeinwesen war das japanische Tenno-System hoffnungslos unterlegen. Am folgenreichsten für die politisch-militärische Entwicklung gestaltete sich das vormodern-feudale Denken und Handeln des stärksten Machttägers, der Armee. Deren Bushido-Kampfkodex mit seinem Vorrang militärischer Tugenden¹¹ war der amerikanischen, materiellen Überlegenheit nüchtern ausspielenden Strategie nicht gewachsen, sondern führte die Nation in einem immer sinnloser werdenden Krieg an den Rand physischer Vernichtung. Das japanische Militär, vornehmlich die Armee, war als stärkste Säule des Kaiserlichen Systems durch den Ausgang des Krieges am meisten

kompromittiert. Mit der Kapitulation der Streitkräfte brach 1945 das gesamte patriarchalisch gefügte, auf der manipulierten Göttlichkeit des Tenno basierende System zwangsläufig zusammen. Die Säuberungen der amerikanischen Besatzungsmacht, die sich zu über 80% auf ehemalige Militärs konzentrierten,¹² schalteten die Waffenträger als politische Zentren endgültig aus; die Revision der Verfassung beseitigte den Hof und somit den traditionellen Adel als Institution der Macht.

Von den ursprünglich drei Kräftezentren des Kaiserlichen Japan blieb die zivile administrative Elite samt ihrem bürokratischen Machtapparat und dessen Verfilzung mit Wirtschaftsinteressen übrig und auch von den Umerziehungsmaßnahmen unberührt. Die größte Kontinuität über das Jahr 1945 hinweg weist daher die bürokratische und wirtschaftliche Fachelite auf.¹³ Das Herrschaftsmonopol der Oligarchen war zusammen mit dem Kaiserlichen System durch den Kriegsausgang ruiniert und von den Amerikanern vollständig gebrochen worden. Anstelle der Oligarchen mit ihren vormodernen Wertvorstellungen traten die Fachleute, die zwar in Herkunft und Erziehung dem Sozialverhalten des Kaiserlichen Japans verhaftet blieben, aber sich den Erfordernissen der modernen Zeit als verantwortliche Administratoren gestellt hatten. Diese zahlenmäßig größere Elite, chedem als mittleres Führungskader den Oligarchen untergeordnet, beherrschte beide Seiten der japanischen Wirklichkeit, das traditionelle Sozialverhalten und die Probleme einer modernen Industriegesellschaft. Aus dieser Schicht rekrutierten sich die neuen Führer des Landes in Politik und Wirtschaft, wie z. B. Premierminister Yoshida. Autoritäre Strukturen in den Organisationsformen dieser neuen Elite alter Abstammung und konservativ-nationalistisches Gedankengut kennzeichneten daher den Regierungsstil nach dem Kriege und ließen das Jahr der militärischen Niederlage nicht als radikalen Bruch erscheinen. Der sozialen Pyramide in Japan war die Spitze genommen, die vormoderne Elite trat ab, die Führungskräfte aus Wirtschaft und ziviler Verwaltung traten vereint an ihre Stelle und führten unter technokratischen Maximen eine sozial kaum gewandelte Bevölkerung zum Wiederaufbau des Landes.

Industrie: Nationale Effizienz versus Monopolinteressen

Ohne den gewaltsam erzwungenen Abtritt einer in vorindustriellen Wertvorstellungen befangenen Elite blieben Reformversuche in allen untergeordneten Bereichen Stückwerk. Auch in der Wirtschaft, die im gleichen Maß wie die kämpfende Truppe über den Ausgang des Krieges befand, sollten alle Vorhaben, die traditionelle, irrationale Struktur aufzubrechen, im Sande verlaufen. Doch Ansätze administrativer Reformen, die sich noch während der ungünstigen Kriegslage in gigantischen Produktionsziffern niederschlugen, sollten den Weg für den wirtschaftlich rasanten Auf-

bau in der Nachkriegszeit weisen. Denn nicht die Wirtschaft als solche versagte vor den Erfordernissen eines modernen Materialkrieges – bauten doch die Werften 1944 binnen eines Jahres mehr Tanker, als zu Beginn des Krieges zur Verfügung gestanden hatten¹⁴ – sondern die administrative, von den alten Eliten beherrschte Spitze zeigte sich außerstande, die Probleme einer Kriegswirtschaft zu meistern.

Die technokratischen Befürworter einer totalen Mobilisierung der Wirtschaft¹⁵ für die Erfordernisse eines Krieges mit den hochgerüsteten Westmächten blieben gegenüber den einflußreichen Zaibatsu, den traditionellen Familien-Holdinggesellschaften, machtlos. Obwohl sachkundige Bürokraten im Zusammengehen mit hohen Militärs beider Streitkräfte seit 1932 in dem von der Armee kontrollierten Mandschukuo erfolgreich eine Rüstungszwecken dienende Schwerindustrie ohne Rücksicht auf die Zaibatsu aufgebaut hatten, scheiterten alle Pläne, die Wirtschaft der Staatsbürokratie zu unterstellen und die Leitung der Fabriken staatlichen Kommissaren anzutragen, am Widerstand der Eigentümer und ihrem meist durch Bestechungsgelder gedungenen Sprachrohr, den Parlamentariern. Entsprechende Gesetzesentwürfe, die sich wie der Hoshino-Plan¹⁶ vom Sept. 1940 am Vorbild der deutschen Kriegswirtschaft 1914–1918 orientierten, hatten im Parlament keine Chance; statt dessen kam die Oligarchie den Interessen der Zaibatsu nach und brachte am 1. September 1941 ein Gesetz zur Vereinigung der Großindustrien durch den Reichstag. Diese Maßnahme sah sog. »Industriekontrollausschüsse«,¹⁷ d. h. eine nach Branchen verordnete Zwangskartellierung, vor und übertrug damit das Chaos der Regierungsspitze auf die Ebene des wirtschaftlichen Managements. Entsprechend der vertikalen, am Vorbild der Gruppe bzw. Großfamilie orientierten Sozialstruktur Japans wurde nunmehr auch die Rüstungswirtschaft nach den Prinzipien von patriarchalischer Fürsorge und loyaler Untergebenheit vertikal strukturiert. Diese Maßnahme sollte sich als irreversibler Fehler der gesamten Kriegsindustrie herausstellen und die Niederlage des Landes beschleunigen helfen.¹⁸ Fortan war eine Koordination auf horizontaler Basis, etwa die Ausrichtung der Produktion unterschiedlichen Branchen zugehöriger Fabriken auf ein Kriegsgerät, nicht möglich. Die von den Zaibatsu-Familien kontrollierten Kartelle betrieben, da ein übergeordnetes Steuerungsorgan fehlte, selbstherrlich eine Produktion, die den eigenen Familieninteressen entsprach und am Bedarf der Front vorbeiproduzierte. Das Hamstern von Rohstoffen, Verschwendung von Material, das im alltäglichen Leben nicht mehr zu haben war, wie z. B. Aluminium und dessen Verschieben auf dem schwarzen Markt,¹⁹ sowie fehlende Risikobereitschaft und technische Innovationsfeindschaft zeichneten die Wirtschaftspolitik der Zaibatsu aus. Der Staat garantierte die Gewinne ohne Rücksicht auf Produktionskosten und Produkte in Höhe von 6–8% Dividende,²⁰ hatte aber keine direkten Einflußmöglichkeiten auf die Produktion von Kriegsgerät.²¹

Des weiteren erschwerten Ignoranz und Rivalisieren der von blinder Siegeszuversicht getragenen Militärs, daß in den Konferenzen der Spitzen aus Regierung und Militär überhaupt kriegswirtschaftliche Prioritäten gesetzt wurden. Obwohl das Inselland Japan zur Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und der Bevölkerung mit Agrarprodukten auf die maritimen Nachschublinien zu seinen eroberten Gebieten angewiesen war, wurde dem Schiffs-, insbesondere dem Tankerbau für Ölimporte aus der Südsee, keinerlei Vorrang eingeräumt. Die Produktion kriegswirtschaftlich entscheidender Güter mußte daher in Japan schon 1942 gedrosselt werden, als sich die Rohstoffe in den Häfen der neuen Kolonien stapelten.²²

Erst als das Selbstvertrauen der Militärs durch Niederlagen erschüttert war und die Zaibatsu die Folgen eines möglichen Zusammenbruchs für ihre Monopolstellung zu bedenken begannen, fanden die Stimmen wirtschaftlicher und militärischer Fachleute Gehör, die eine vollständige Reorganisation der Kriegswirtschaft nach westlichem Vorbild verlangten. Schließlich erhielt Kriegspremier Tojo im März 1943²³ durch Kaiserliches Dekret die Ermächtigung, direkte Weisungen dirigistisch für die Kriegswirtschaft auszugeben. Die Konzentration auf den Schiffs- (Tanker-)bau 1944 und elektrisches Gerät waren eine Folge dieser Kompetenzerweiterung des Regierungschefs gegenüber egoistischen Firmeninteressen. Noch einen Schritt weiter ging das Kaiserliche Dekret vom 1. November 1943 über das »Munitionsministerium«,²⁴ was ursprünglich als oberste Kriegswirtschaftsbehörde gedacht war, dem aber nach Intervention der Zaibatsu lediglich die ihnen selbst zu risikoreiche Flugzeugproduktion verblieb. Doch in diesem Produktionssektor wurde erstmals in Japan die vertikale Struktur der Wirtschaft aufgebrochen und statt dessen eine horizontale, auf ein Endprodukt abgehobene Produktionsform entwickelt. Unter dem »japanischen Speer«, dem Minister N. Kishi,²⁵ erlebten 671 Fabriken mit insgesamt 1,5 Mio. Arbeitskräften erstmals diese neuartige Form westlichen Managements, in der für die altjapanisch-ritualisierten Beschlußfassungen kein Platz mehr war, sondern nach dem Prinzip von Anordnung und Ausführung verfahren wurde. Kishi wurde zum Prototyp des modernen japanischen Wirtschaftsführers, der nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen in der Kriegswirtschaft als Premierminister 1957 bis 1960 Japan zur wirtschaftlichen Führungsmacht in Asien erheben konnte. Die größten Zuwachsraten erlebte die japanische Rüstungsindustrie in den Sektoren Flugzeugbau, Tankerbau und elektrisches Gerät.²⁶ In diesen Sparten erfolgten technische und administrative Neuerungen auf Druck der Regierung und stets auf Kosten der Zaibatsu. Diese Bereiche waren nach westlichem Vorbild während des Krieges modernisiert worden, konnten sich nach 1945 behaupten und später zum Wegbereiter der japanischen Exportoffensive werden. Die Entpersonalisierung der von selbstsüchtigen Profitinteressen geleiteten Zaibatsu und das Zurückdrängen ihres bei Kriegsende übergroßen direkten wirtschaftspolitischen Einflusses

wurde durch die Entwicklung im Krieg unumgänglich. Nach einer Pseudoentflechtung durch die Besatzungsmacht²⁷ wurden die alten Zaibatsu nicht länger von einzelnen Familien als Privatunternehmen geführt, sondern in enger Verschmelzung zwischen den politischen und wirtschaftlichen administrativen Kadern im Nachkriegs-Japan gewissermaßen nationalisiert und beim Wiederaufbau des Landes dem Gesamtinteresse der Nation untergeordnet. Die Weichen für die Entwicklung einer leistungsfähigen modernen Industrie wurden in Japan im administrativen und technologischen Bereich während des Zweiten Weltkrieges gestellt.

Landwirtschaft: Intensivierung durch Reform

Trotz der stürmischen industriellen Entwicklung in den 30er Jahren, stieg doch der Produktionsindex allein zwischen 1932 und 1936 um 50%,²⁸ blieb in Japan die Agrarwirtschaft bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus dominierend. Weit über die Hälfte der Bevölkerung lebte auf dem Lande, und etwa 50% der arbeitsfähigen Bevölkerung war in der Landwirtschaft beschäftigt.²⁹ Infolge der Abwanderung junger Männer in die Städte war der Anteil der Frauen und Alten unter den landwirtschaftlichen Erwerbstätigen immer bedeutend größer und sollte in den letzten Kriegsjahren, als die Quote der eingezogenen Männer sprunghaft anstieg, ihren Höchststand erreichen.³⁰ Halbfeudale Abhängigkeitsstrukturen und die Parzellierung in kleine Pachten verhinderten, daß Japan in der Lebensmittelerzeugung autark war. Etwa 22% des Bedarfs an dem Grundnahrungsmittel Reis mußten importiert werden. Zusammen mit Zucker und Soyabohnen, zwei weiteren Grundstoffen, kamen diese Lebensmittellieferungen über See aus den von Japan annektierten Gebieten Taiwan, Korea und dem nominell unabhängigen Mandschukuo.³¹ Die Meiji-Oligarchie hatte die forcierte Industrialisierung auf Kosten einer hohen steuerlichen Belastung der Landwirtschaft vollzogen³² und zu einer an westlichen Maßstäben nicht meßbaren Verelendung von über der Hälfte der Bevölkerung beigetragen. Trotz militanter Agrarunruhen nach dem Ersten Weltkrieg und dem Anwachsen von sozialrevolutionär-nationalistischen bzw. agrarromantischen Heils-Ideologien in den dreißiger Jahren, die von der Armee als dem Sprachrohr der Entrechteten im Kampf um die Macht vor dem Kriegsbeginn aufgegriffen worden waren,³³ hatte sich die an industrielle Interessen gebundene Regierungsspitze zu keinen Stützungsmaßnahmen oder etwa strukturverändernden Reformen in der Landwirtschaft entschließen können. Etwa 50% der Bauern, wegen ihres materiellen Elends in der Umgangssprache »Wassertrinker« genannt, waren als Pächter der Willkür eines Verwalters des in einer der Großstädte abwesenden Grundbesitzers ausgeliefert. Die Pachtraten, selten in Verträgen fixiert, beliefen sich bis zu 60% Abgaben in

Naturalien. Ungefähr 20% der Bauern bewirtschafteten teils gepachtetes und teils eigenes Land; nur ca. 30% bebauten den ihnen auch gehörenden Boden.³⁴ Die etwa 3500 Großgrundbesitzer bildeten eine der unter der Ebene der Oligarchen indirekt einflußreichsten Gruppierungen.³⁵ Sie kontrollierten das Oberhaus und sorgten bei den allgemeinen Wahlen durch Bestechungsgelder dafür, daß die Landbevölkerung vorwiegend die den Agrariern und der Wirtschaft gleichermaßen nahestehende Seiyukai-Partei wählte.³⁶ Das politische Bündnis Großagrariern – Zaibatsu hatte sich ähnlich wie in Deutschland mit dem Ziel formiert, eine überkommene Sozialordnung zu konservieren, hatte aber statt dessen – ebenfalls der deutschen Entwicklung verwandt – einer politischen Radikalisierung der Massen in die Hände gearbeitet.

Mit Beginn der Kriegshandlungen in China 1937 mußten einerseits potentielle politische Unruherde auf dem Land eingedämmt werden und andererseits die feudalen Produktionsverhältnisse modernisiert werden, um den Grad der Selbstversorgung zu erhöhen. Die Armee, die sich zum überwiegenden Teil bis in die mittleren Offiziersränge aus dem bäuerlichen Milieu rekrutierte, wurde mit ihrer antimodernistisch-traditionalistischen Ideologie zum beredten Anwalt einer Modernisierung der Landwirtschaft. Unter dem Druck der Armeeführung, die sich auch um den schlechten Gesundheitszustand ihrer bäuerlichen Wehrpflichtigen sorgte, gewährte die Regierung Ende 1937 erstmals großzügige Kredite für eine Million Familien zum Aufkauf von Pachtland.³⁷ Zwei Jahre später wurden die staatlichen Kontrollen über die Einhaltung der Pachtverträge verschärft, die Pachten gesenkt und eingefroren und der Verkaufswert des Bodens staatlich festgesetzt, um Spekulation bzw. Wiederaufkauf durch Großgrundbesitzer zu verhindern.³⁸ Doch erst das 1941 eingeführte doppelte Preissystem für selbstangebauten Reis der Bauern und Reis, der den Grundherren aus Pachten zukam, untergrub die ökonomische Basis der Großgrundbesitzer. Der etwa 40% höhere Verkaufserlös für Eigenprodukte führte zu einer Intensivierung vorhandener Reiskulturen und erstmals zu einem bescheidenen Wohlstand der Bauern.³⁹ Diese wurden noch dazu im Gegensatz zu den Großgrundbesitzern dem Rationierungssystem für Lebensmittel nicht unterworfen. Aus Sorge um die ländliche Substanz der Nation infolge der Kriegseinflüsse dekretierte die Regierung Tojo schließlich 1943 ein Agrargesetz,⁴⁰ das nach dem Vorbild der russischen Agrarreform (Stolypin)⁴¹ binnen 25 Jahren ein lebensfähiges Mittelbauerntum schaffen und den Großgrundbesitz auflösen sollte. Die radikale Agrarreform der amerikanischen Besatzungsmacht, die gern als Kern- und Prunkstück des gesamten Reformwerkes angesehen wird,⁴² war somit schon unter den japanischen Militärs eingeleitet worden. Deren Hauptanliegen, eine Re-Agrarisierung der Gesellschaft wurde zwar nun nicht mehr intendiert, aber dafür verschwanden der Großgrundbesitz und dessen Kehrseite, die politische Unzufriedenheit der Landbevölkerung. Die

Reformen reduzierten den Anteil der im Agrarsektor Beschäftigten auf 25–20%, machten das Land im Reisanbau zum Selbstversorger und die heutigen Bauern zur stabilsten Stütze der konservativen Herrschaft.

Mobilisierung der Massen: Restauration sozialer Grundnormen

Die kriegsbedingte Organisation des Gemeinwesens in Japan benötigte keine künstlich – wie im Nationalsozialismus – geschaffenen Institutionen der Volksgemeinschaft, sondern die überkommene Führung rekurrierte auf vorhandene soziale Grundmuster und konnte diese sogar mit aktiver Unterstützung der Bevölkerung weiter verfestigen. Westliche Vorstellungen individueller Lebensweise und Verantwortung konnten somit weitgehend eliminiert werden. Die Gesellschaft Japans brauchte nicht gleichgeschaltet zu werden, wohl aber mußten die westlichen Importprodukte, wie die Steuermechanismen und Medien, dieser staatlichen Gesellschaft angepaßt und gleichgeschaltet werden.⁴³ Das Monopol der staatlichen Nachrichtenagentur »Domei« und ein 1937 erlassenes Pressegesetz sorgten dafür, daß die »gefährlichen Gedanken« westlicher Provenienz und im Westen ausgebildeter japanischer Journalisten aus den Zeitungen verschwanden und deren Vielfalt wie Vielzahl durch Zwangskartellierung drastisch zurückging. Die heutigen japanischen Zeitungsoligopole mit ihrer regierungskonformen Berichterstattung – bis auf unbedeutende kommunistische Zeitungen gibt es keine oppositionellen Blätter – sowie die politische Konformität des staatlichen Rundfunks und Fernsehens⁴⁴ sind die nachhaltigen Folgen dieses politisch-restaurativen Gleichschaltungsprozesses vor dem Ausbruch des Pazifischen Krieges. Die einseitige und zweckgebundene Uniformität der Medien, damals ein Anliegen der traditionellen Oligarchie, wird von der heutigen konservativen Führungsschicht als überaus zweckdienliche Abschottung ihrer Herrschaft vor unliebsamer Kritik weiterverfolgt.

Die antiliberalen, antiparlamentarischen, von der Armee getragene Kampagne gegen die verderblichen Einflüsse des Westens führte schließlich im Herbst 1940, nicht zufällig mit dem Abschluß des Dreimächtepaktes, zur erzwungenen Auflösung der politischen Parteien und Schaffung einer Einheitsbewegung, der »Vereinigung zur Unterstützung der Kaiserlichen Herrschaft«.⁴⁵ Die formale Abkehr Japans vom westlichen Parteienmodell und dessen Substitution durch eine japanischen Vorstellungen gemäßere Form eines Familienverbandes der gesamten Nation unter der patriarchalischen Fürsorge des göttlichen Herrschers förderte die nationale Eigenart der Japaner und die paternalistischen Grundstrukturen ihrer Gesellschaft. Auch wenn die Vereinigung ein einflußloses Sammelbecken unzufriedener und nach wie vor rivalisierender Parteipolitiker wurde, blieb sie bis Kriegs-

ende die nominelle politisch-gesellschaftliche Dachorganisation, der alle übrigen gesamtjapanischen patriotischen Vereinigungen unterstellt wurden. Bei den einzigen Reichstagswahlen während des Krieges im April 1942, zum Zeitpunkt berauschender militärischer Siege, billigten in relativ freien Wahlen 81% der Wahlberechtigten diese neue, ihnen wesensverwandter erscheinende politische Struktur.⁴⁶ Auch die politischen Reformen der Amerikaner vermochten nach 1945 in Japan kein Parteienspektrum westlicher Prägung mit klar voneinander abgehobenen Programmen zu etablieren. Nach wie vor gleichen politische Parteien vertikal organisierten Großgruppen, bzw. zerfallen wie die heutigen Liberaldemokraten in einzelne, miteinander rivalisierende Fraktionen, die wie ehemals in der allumfassenden Einheitsbewegung nicht den Wählerwillen, sondern die Vorstellungen von Gruppierungen der herrschenden Elite ausdrücken.⁴⁷

Altjapanischen Sozialnormen von Unterordnung, Disziplin und Harmonie dienten die seit 1939 unter dem Patronat des Innen- und des Sozialministeriums aufgebauten patriotischen Industrievereinigungen, die schließlich im November 1940 in die Zwangsorganisation der »Großjapanischen patriotischen Industrievereinigung«,⁴⁸ dem japanischen Pendant zur nationalsozialistischen »Arbeitsfront«, zusammengeschlossen wurden. Obwohl die Devise von der Gleichberechtigung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich bald als Propaganda erwies, hatten doch die Unternehmer immer den Vorstandssitz inne, und da diese Harmonisierungsinstanzen in Ermangelung von Arbeitskämpfen⁴⁹ auch nicht schlichtend eingreifen mußten, brachte diese großjapanische, an die Idee vom Betrieb als Großfamilie anknüpfende Institution die japanischen Arbeiter von den verfeimten, da westlich-klassenkämpferischen, Gewerkschaften weg und sozialisierte sie für vermeintlich gemeinnützige Ziele im Interesse der herrschenden Elite. Die faktische Kontrolle über diese kriegsbedingten großjapanischen Sozialisierungsinstitutionen lag bei den Fachadministratoren des Innenministeriums. Die Bürokratie, die zukünftige Elite des Landes, baute schon während des Krieges Herrschaftsinstrumentarien auf, die zwar nicht in der äußeren Form nach 1945 fortwirkten, aber doch prägend auf ein unterwürfiges, pflichtbewußtes Arbeitsethos der Massen wirkten, das in der Nachkriegsentwicklung den Unternehmerstandpunkt vom Herrn im Haus verinnerlicht hatte und sich darüber hinaus einer gesamt nationalen Verantwortung bewußt war.

Am einflußreichsten für die Sozialisierung der Urzelle der japanischen Gesellschaft, der Familie, für die nationalen Belange Japans als einer Großfamilie erwiesen sich die 1940 als kriegsvorbereitende Maßnahme eingeführten Nachbarschaftsverbände,⁵⁰ bei deren äußerer Form das nationalsozialistische Blocksystem Pate gestanden hatte. Jeweils 10 bis 20 Familien, vorwiegend in den Städten, wurden als ein Nachbarschaftsverband zusammengefaßt. Der gewählte Sprecher eines solchen Verbandes wurde vom zuständigen Bürgermeister, der im damaligen Japan vom Innenmini-

sterium eingesetzt wurde, bestätigt, so daß sich die Kontrolle dieses für die innere Sicherheit zuständigen Ministeriums bis auf die Zelle der Kleinfamilie erstreckte. Den Nachbarschaftsverbänden, denen sogenannte Bezirksräte⁵¹ übergeordnet waren, oblagen primär soziale Aufgaben, denen sich der japanische Staat nicht gewachsen sah. Sozialfürsorge, Luft- und Feuerchutz, Kampf gegen Verbrechen, politische Aufklärung und seit Oktober 1942 die Verteilung der rationierten Lebensmittel machten die Hauptaufgaben dieser in ihrer Gesamtzahl auf 1,3 Mio. geschätzten großfamiliären Sozialisierungsinstanzen aus. Durch ihre Tätigkeit wurde die einzelne Familie mit den übergeordneten Zielen der Gesamtnation in Berührung gebracht und überdies eine in asiatischen Gesellschaften unübliche familiäre Nachbarschaftshilfe, die Sorge um das Wohlergehen des Nachbarn, staatlich institutionalisiert. Nachbarschaftsräte und Bezirksräte, die von der Besatzungsmacht noch für anderthalb Jahre als gut funktionierendes Administrationsnetz der untersten Ebene übernommen wurden,⁵² bewirkten durch ihre etwa siebenjährige Tätigkeit, daß die ursprünglich auch in japanischen Großstädten vorhandene Anonymität und Vereinzelung der Familien zugunsten eines noch heute fortwirkenden Gemeinschaftsgefühls auf Bezirks- oder der Ebene eines Straßenquadrats überwunden wurden.⁵³ Auch schliffen sich in kriegsbedingten nachbarschaftlichen Einsätzen die Unterschiede zwischen arm und reich in Umgangsformen und äußerem, von der Regierung ebenfalls in Form einer Kleiderordnung genormten Erscheinungsbild ab.⁵⁴

Die Nation fand auf dem Boden traditioneller sozialer Normen in Japan zu einer Geschlossenheit zusammen, die in anderen kriegführenden Ländern nicht erreicht wurde. Alle regierungsamtlichen Versuche zur Stärkung der Gemeinschaft berührten vorindustrielle Ordnungsvorstellungen und führten zu einer Verinnerlichung durch die Volksmassen. Der vormoderne Staat half dem von ihm verbreiteten Wunschbild eines fürsorglichen Patriarchen in einer Großfamilie nach und leitete ab 1938 eine Sozialgesetzgebung ein, die 1943 mit der nationalen Gesundheitsfürsorge einen ersten Abschluß erfuhr.⁵⁵

Nur vor dem Hintergrund dieser restaurativen, gesamtationalen Mobilisierungsmaßnahmen sind die Geduld, die an Apathie grenzende Selbstverleugnung zu verstehen, mit der das Volk die Unbilden des Krieges ertrug. Ohne Rücksicht auf die Zukunft des Landes und die materielle Notsituation der 1944/1945 unter dem Existenzminimum versorgten Bevölkerung⁵⁶, vermochte die zahlenmäßig kleine Oberschicht des Kaiserlichen Japans den Krieg auf Kosten des »kleinen Mannes« zu führen und zu finanzieren, sich selbst indes keinen einschneidenden Entbehrungen, im Hinblick auf Personal oder Vergnügungen, zu unterwerfen. Zu einer Zeit, als es in der Industrie und Landwirtschaft an allen Enden an Arbeitskräften mangelte, setzte ein Regierungsbeschluß 1,3 Millionen Personen des Vergütungssektors, darunter 74 000 Geishas, für den Arbeitsmarkt frei.⁵⁷ Die

Durchführung wurde indes unterlaufen. Der Kampf ums Überleben in einem Land, das den Konsumgüterbedarf von allen Kriegführenden am drastischsten reduziert hatte,⁵⁸ die höchsten Schwarzmarktpreise verzichten konnte und allgemein zur Versorgung seiner Bürger mit dem Notwendigsten nicht in der Lage war,⁵⁹ führte zu keinem Aufbegehren oder zu einer Entfremdung zwischen Herrschenden und Beherrschten. Die angestammten Sozialnormen erwiesen sich als festes, einigendes Band, das die Nation für den Krieg und für den Wiederaufbau zusammenschweißte.

Kriegseinsatz der Frauen: Traditionelles Rollenverständnis in neuen Aufgabenbereichen

Die autoritär-faschistischen Staaten des »weltpolitischen Dreiecks« waren ihrem Selbstverständnis nach kämpfende Männergesellschaften, in denen der Frau als Hüterin der Familie die Aufzucht der Kinder zufiel. Während in den faschistischen Ländern Europas diese vormoderne strikte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern bereits durch die gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere während des Ersten Weltkrieges überholt war und kunstvoll wiederbelebt werden mußte, war in der traditionellen Gesellschaft des Kaiserlichen Japans die Rolle der Frau als Dienerin, in den unteren Schichten meist Sklavin, des Mannes nie in Frage gestellt worden. Entsprechend dem bis 1945 gültigen Haus-Gesetz (Ic)⁶⁰ war die Frau auch juristisch und vermögensrechtlich dem jeweiligen männlichen Haushaltsvorstand, Ehemann, älterem Bruder, Schwiegervater usw. unterstellt. Scheidungen konnten de facto nur von Männern ausgehen, geschiedene Frauen verfielen in jedem Fall der gesellschaftlichen Ächtung, Männer nie. In den Kreisen der Oberschicht bestand häufig die Einehe nur nominell, da der Mann sich je nach Vermögen Nebenfrauen hielt, die sogar bisweilen mit Billigung der Ehegattin in den Haushalt aufgenommen wurden. Der vollständigen Entrechtung im sozialen Bereich entsprach die politische Unmündigkeit. Stimmrecht für Wahlen erhielten die japanischen Frauen erst 1946.⁶¹

Der moderne, totale Krieg erschütterte keinesfalls das weibliche Rollenverständnis, sondern veränderte lediglich ein äußeres Rollenverhalten. Der kriegsbedingte Arbeitseinsatz der japanischen Frauen⁶² exemplifiziert, wie während des Krieges in nahezu allen Bereichen festgefügte, vom Staat sorgsam gestützte Sozialnormen die alte gesellschaftliche Ordnung perpetuierten, den Menschen indes neue Betätigungsfelder zuwiesen, die eine äußerliche Anpassung verlangten. Die Kluft zwischen internalisierten Moralvorstellungen und den alltäglichen Tätigkeitsfeldern dürfte bei der japanischen Frau am stärksten gewesen sein. Diese Diskrepanz zwischen theoretisch-normativem Rollenverständnis und praxisbezogenem Rollen-

verhalten in einer modernen Industriegesellschaft wächst auch im heutigen Japan weiter und führt zu einer mit westlichen Maßstäben nicht vergleichbaren Diskriminierung der Frau.⁶³

Im dörflich bestimmten Japan der Vorkriegs- und Kriegszeit waren Frauen vorwiegend als Arbeitssklaven in der verelendeten Landwirtschaft anzutreffen. Etwa 40% aller japanischen Frauen im erwerbstätigen Alter gingen einer regelmäßigen beruflichen Beschäftigung nach, von ihnen allerdings annähernd 90% in der Landwirtschaft. Frauen der mittleren und oberen gesellschaftlichen Schicht arbeiteten in der Regel nicht, sondern versorgten Haushalt und Kinder. Der Anteil der Frauen an der Industriearbeit stieg selbst 1944, dem Höhepunkt der japanischen Rüstungsproduktion, nur auf 24% der Beschäftigten.⁶⁴ Diese weiblichen Industriearbeiter waren in der Regel unverheiratete herangewachsene Mädchen, die in unmittelbarer Nähe der Fabriken kaserniert und für etwa die Hälfte des Lohnes ihrer männlichen Kollegen niedrigere Arbeiten verrichteten. Meist stammten sie aus verarmten Bauernfamilien und waren zum Dazuverdienen vom Familienvorstand für einige Jahre in eine Fabrik geschickt worden, wie manche arme Bauern ihre Töchter sogar in die Bordelle der Armee verkauften.⁶⁵

Das ungenutzte weibliche Arbeitspotential stellte, wie eine Enquête der Regierung 1944 ergab, daß größte Reservoir für die personell ausgezehnte Kriegsindustrie dar.⁶⁶ Doch wurde dieses Potential ebensowenig genutzt, wie ein verstärkter Einsatz asiatischer Fremdarbeiter unterblieb.⁶⁷ Beides – die Gleichberechtigung der Frau und die Berührung mit Ausländern auch aus verwandten Kulturkreisen – hätte die patriarchalische japanische Gruppengesellschaft, deren göttliche Abstammung sie noch dazu gegenüber den anderen Asiaten heraushob, nicht verkraften können. An eine Dienstverpflichtung weiblicher Arbeitskräfte wurde nie gedacht. Die Rate der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Frauen stieg daher in Japan zwischen 1940 und 1944 lediglich um 10%.⁶⁸ Kriegspremier General Tojo propagierte die natürliche Mission der japanischen Frau im Haushalt, und Frau Tojo, selbst Mutter von sieben Kindern, leitete eine staatliche Kampagne zur Erhöhung der Geburtenrate ein. Tatsächlich blieben in Japan als einzigem der kriegsführenden Länder Heirats- und Geburtenraten über den Krieg hinweg konstant. Demographische Verschiebungen sind daher nicht durch das Verhalten der Menschen, sondern lediglich durch direkte Kriegseinwirkungen entstanden.⁶⁹

Staatliche Organisationsformen, wie die 1942 gegründete »Großjapanische Frauenvereinigung«,⁷⁰ waren im Grunde selbst als Propagandainstrumente überflüssig. Die Frauen standen überall dort gegen Ende des Krieges ihren Mann, wo die Männer fehlten. Die Nachbarschaftsverbände wurden häufig von Frauen geleitet; bei den Bombardements japanischer Großstädte im Frühjahr und Sommer 1945 sowie bei der anschließenden Massenfluchtbewegung von 10 Millionen Menschen aufs Land⁷¹, meisterten Frauen

Aufgaben, die traditionell Männern zugefallen waren. Auf dem Land hatten die Frauen in noch weit stärkerem Maße die männliche Sphäre unterwandert, die bäuerlichen Betriebe übernommen und die patriarchalische Autorität ersetzt. Dieser Arbeitseinsatz der Frauen im letzten Kriegsjahr läßt sich – wie in Deutschland – in seinen Auswirkungen auf soziale Veränderungen kaum messen, da die Situation von den meisten Beteiligten als vorübergehende Notlage empfunden und nicht im Hinblick auf ihr Rollenverständnis reflektiert wurde. Einen relativen Wandel in rechtlicher Stellung und beruflichem Verhalten hat der weibliche Kriegseinsatz indes doch bewirkt, ohne indes traditionelle Verhaltensweisen zwischen Mann und Frau grundsätzlich verändert zu haben. Die juristisch-politische Gleichstellung der Frau ließ sich, wie in den europäischen Ländern nach dem Ersten Weltkrieg, in Japan nach dem Zweiten Weltkrieg nicht länger aufhalten. Auch hat sich das Verhalten gegenüber berufstätigen Frauen leicht gewandelt. Ihr Arbeitseinsatz vor der Heirat wird im heutigen Japan von der Gesellschaft als notwendig erachtet.⁷² Die Kriegssituation verdeutlichte die potentielle Freisetzung der Frau als Arbeitskraft und verhalf weiblichen Leistungen zur Anerkennung in einer männlich bestimmten Gesellschaft. Die partiellen Veränderungen in den Tätigkeitsfeldern der Frauen bei gleichzeitiger Restauration familiärer sozialer Grundnormen bildeten die günstige Ausgangssituation für den Einsatz eines willfähigen, partiell modernisierten weiblichen Jungarbeiterinnenkorps beim wirtschaftlichen Wiederaufbau in den fünfziger Jahren.

Fazit: Technisch-institutioneller Wandel und innergesellschaftliche Re-Stabilisierung: Aufstieg zur Wirtschaftsmacht in der Nachkriegszeit

Die Abschaffung des Tenno-Systems, die Diskriminierung der Militärs und Entmachtung der Großgrundbesitzer waren entscheidende, durch den Kriegsverlauf bedingte oder zumindest ausgelöste Veränderungen im Gesamtgefüge der japanischen Gesellschaft. Gestärkt in ihrem gesellschaftlichen Rang und somit als eigentlicher Sieger ging aus der militärischen Niederlage die administrative Fachelite in Bürokratie und Wirtschaft hervor. Sozialer Wandel in Normen und Grundstrukturen fand nicht statt. Vielmehr wurde im Krieg traditionelles Sozialverhalten restauriert und in der Bevölkerung, gewissermaßen in Abwehr gegen die Folgen eines modernen Krieges, internalisiert. Die Modernisierung der Massen blieb partiell-oberflächlich.

Die japanischen Streitkräfte hatten im Zeitraum von 1937 bis 1945 etwa 12 Millionen Männer, 80% aller Wehrdienstfähigen, eingezogen,⁷³ unter ihnen insbesondere gegen Kriegsende dienstverpflichtete Schüler (ab 10 Jahren) und Studenten. Der Großteil der männlichen Bevölkerung wurde

daher der patriarchalisch-traditionellen Umgebung vorübergehend entrisen und dem Prinzip von Befehl und Gehorsam unterworfen. Das traditionelle Sozialverhalten kollektiver Harmonie wurde durch militärische Erfordernisse außer Kraft gesetzt. Auch wurde die eingezogene Bevölkerung an Waffen und Gerät ausgebildet, deren technischer Standard den bäuerlichen oder kleingewerblichen Hilfsmitteln weit überlegen war. Zudem lernten etwa 1,5 Millionen, meist dienstverpflichtete Facharbeiter in den Branchen der Rüstungsindustrie, die dem Munitionsministerium unterstellt waren,⁷⁴ mit westlicher Technik nach westlichen Normen und Methoden des Managements umzugehen.

Die männliche Bevölkerung des Landes, die etwa nur ein Viertel der Verluste der deutschen (1:4 Mio)⁷⁵ bei annähernd gleicher Bevölkerungszahl zu erleiden hatte, wurde während des Krieges einem äußeren Modernisierungsprozeß unterworfen, der die Lern- und Adaptionfähigkeit steigerte, traditionelle Sozialmuster indes nicht in Frage stellte. In begrenztem Umfang wurde auch der weibliche Bevölkerungsteil von diesen Modernisierungszwängen erfaßt, ebenfalls ohne das gewohnte Rollenverständnis aufzugeben. Der bürokratischen Fachelite, der neuen Herrschaftsschicht des Landes aus Politik und Wirtschaft, standen somit eine Avantgarde an Facharbeitern in Schiffbau und Elektroindustrie sowie Maschinenbau für den Wiederaufbau zur Verfügung und ein Arbeitspotential, dessen hergebrachte Disziplin und Unterordnung durch den Krieg verstärkt worden war, das aber zugleich eine größere Aufgeschlossenheit für westliche technische und administrative Neuerungen erlangt hatte.

Anmerkungen

* Der Aufsatz basiert auf zahlreichen Studien des Vf., sozialgeschichtlichen wie politisch-diplomatiegeschichtlichen, zur japanischen Zeitgeschichte. Fragen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels sind in folgenden Abhandlungen bereits aufgegriffen worden: B. Martin, Aggressionspolitik als Mobilisierungsfaktor. Der militärische und wirtschaftliche Imperialismus Japans 1931 bis 1941, in: F. Forstmeier und H.-E. Volkmann (Hg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1975, S. 222–244; ders., Japans Kriegswirtschaft 1941–1945, Düsseldorf 1977, S. 256–286; ders., Faschistisch-militaristische Großmachtpolitik, in: A. Baring und M. Sase (Hg.), Zwei zaghafte Riesen? Deutschland und Japan seit 1945, Stuttgart 1977, S. 93–126. Dort finden sich in den Anmerkungen weiterführende Literaturhinweise, die im folgenden nicht wiederholt werden sollen, um den kritischen Apparat nicht unnötig zu erweitern.

1 M. Blaker, Japanese International Negotiating Style, Columbia 1977; K. Tsuji, Decision-Making in the Japanese Government. A Study of Ringisci, in: R. E. Ward (Hg.), Political Development in Modern Japan, Princeton 1968, S. 477–536.

2 Grundlegende Einführung: C. Nakane, Japanese Society, Berkeley 1970; I. Shimizu und Y. Tamanoi (Hg.), Gesellschaft Japans. Soziale Gruppen und sozialer Prozeß, Opladen 1976; vgl. auch den Literaturbericht von B. Martin, Japans Weg in den Krieg. Bemerkungen über Forschungsstand und Literatur zur japanischen Zeitgeschichte, in: Militärgeschichtliche Mit-

teilungen 23, 1977, S. 183–209, insbes. S. 192f. Zur Adaption der chinesischen Kultur siehe: B. Lewin, Der koreanische Anteil am Werden Japans. Opladen 1976.

3 Zum »Oyabun-Kobun« Prinzip in der Wirtschaft, insbesondere auch während des Krieges: J. W. Bennett und I. Ishino, Paternalism in the Japanese Economy. Anthropological Studies of oyabun-kobun Patterns, Minneapolis 1963.

4 Beginn des Krieges in China am 7. Juli 1937 mit dem Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke, unweit von Peking. Aufgrund der Boxer-Protokolle waren in dem Raume zwischen Peking und der Küste Truppen der Mächte stationiert, die den Boxer-Aufstand 1900/1 niedergeworfen hatten. Manche Autoren, so S. Legana, The Pacific War. World War II and the Japanese, 1931–1945, New York 1978 (japanische Erstveröffentlichung 1968), datieren den Kriegsbeginn auf den Zwischenfall von Mukden (18. Sept. 1931). Da die Besetzung der Mandschurei durch die japanische Armee und die Ausrufung des »unabhängigen« Staates Mandschukuo nicht von längeren Kampfhandlungen begleitet waren, hat sich das Datum 1937 allgemein durchgesetzt. Umstritten ist allerdings nach wie vor die Kontinuität vom China-Krieg zum Pazifischen Krieg. Vgl. Martin, Japans Weg, 184f.

5 Ebd., 189f.; Bemerkungen über den Forschungsstand, und die Kapitel »Kriegswirtschaft und sozialer Wandel« und »Kriegsverbrecherprozesse« und »Besatzungspolitik« im Literaturbericht von B. Martin, Japan und der Krieg in Ostasien. Kommentierender Bericht über das Schrifttum, in: Historische Zeitschrift, Sonderheft 8, München 1980, S. 79–220.

6 A. Bisson, Japan's War Economy, New York 1945, S. 180.

7 Ausführlicher bei Martin, Aggressionspolitik 230ff.

8 Standardwerke: W. G. Beasley, The Meiji Restoration. Stanford 1972; Origins of the Modern Japanese State. Selected Writings of E. H. Norman, hg. von W. Dower, New York 1975; als erste deutschsprachige Darstellung: A. Piper, Japans Weg von der Feudalgesellschaft zum Industriestaat. Wandlungsimpulse und wirtschaftliche Entwicklungsprozesse in ihrer politischen, geistigen und gesellschaftlichen Verankerung, Köln 1976.

9 Dieser Prozeß erreichte seinen Kulminationspunkt 1936 mit dem Februar-Putsch der Tokioter Garnison: B. A. Shillony, Revolt in Japan. The Young Officers and the February 26, 1936 Incident, Princeton, 1973.

10 Y. C. Maxon, Control of Japanese Foreign Policy. A Study of Civil-Military Rivalry 1930–1945, Berkeley 1957 (Reprint Westport, Conn. 1973); N. Ike, Japan's Decision for War. Records of the 1941 Policy Conferences, Stanford 1967.

11 I. Nitobe, Bushido: The Soul of Japan, Tokyo 1969 (japanische Erstausgabe 1905, deutsche Übersetzung unter dem Titel: Bushido. Die Seele Japans. Eine Darstellung des japanischen Geistes, Magdeburg 1937). Ferner das Kapitel »The Military: Authoritarian and Irrational« bei Ienaga.

12 H. H. Baerwald, The Purge of Japanese Leaders under the Occupation, Berkeley 1959, S. 82ff. Zu den Säuberungen im Vergleich zu Deutschland: J. D. Montgomery, Forced to be Free. The Artificial Revolution in Germany and Japan, Chicago 1957.

13 K. F. Zahl, Die politische Elite Japans nach dem 2. Weltkrieg, Wiesbaden 1973.

14 Martin, Kriegswirtschaft, S. 271. Zur japanischen Kriegswirtschaft als wichtigste Datensammlung: United States Strategic Bombing Survey, The Effects of Strategic Bombing on Japan's War Economy, Washington D.C. 1946; Standardwerk zur Wirtschaft während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit J. B. Cohen, Japan's Economy in War and Reconstruction, Minneapolis 1949. Weitere Titel im Literaturbericht Martin, Japan und der Krieg in Ostasien.

15 Herausragender Kopf dieser sogenannten »deutschen Gruppe« im Generalstab, der auch Hideki Tojo angehörte, war Tetsuan Nagata, ab 1934 Chef des politischen Büros der Armee. Er wurde am 12. Aug. 1935 ermordet, da er für sein Programm einer Tiefenrüstung die Zusammenarbeit mit der Schwerindustrie suchte (Vgl. dazu: B. Martin, Japan – Zur Rezeption und wechselseitigen Beeinflussung von Herrschaftspraktiken und Weltmachtsbestrebungen. In: E. Forndran, E. Golczewski und D. Riesenberger (Hg.), Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien, Opladen 1977, S. 87–109, hier S. 89ff.

- 16 *Martin*, Aggressionspolitik, S. 239ff.
- 17 *Martin*, Kriegswirtschaft, S. 261.
- 18 *Bisson*, S. 60 (B. war als Asienexperte im amerikanischen Regierungsausschuß für wirtschaftliche Kriegführung).
- 19 *USBB* [Anm. 14], S. 122; *Cohen*, S. 74: Ergebnis einer staatlichen Inspektion Mitte 1943: Es wurden nur 8 bis 10000 Flugzeuge pro Jahr gebaut, es ließen sich aber 53000 bauen, sofern nicht 45% des vorhandenen Aluminiums in Gebrauchsgegenständen und auf dem schwarzen Markt verschwinde. Dem negativen Urteil Cohens ist voll beizupflichten: »Rarely in the annals of history has a group of military planners, who were privileged to elect the time and method of starting a war, ever exhibited greater stupidity« (S. 209).
- 20 *Cohen*, S. 18; H. T. *Oshima*, Japan's Economic Structure, in: *Pacific Affairs* 15, 1942, S. 261–279, hier S. 267 u. 277.
- 21 *Cohen*, S. 64: Die Kabinettsplanungsbehörde unter Admiral T. Suzuki, die für kriegswirtschaftliche Koordination zuständig war, wurde von Heer und Marine häufig mit falschen Zahlen versorgt.
- 22 *Martin*, Kriegswirtschaft, S. 269ff.
- 23 Kaiserliches Dekret vom 17. März 1943. Wortlaut in englischer Übersetzung bei *Bisson*, 248f.
- 24 Ebd., 251ff. Wortlaut des Dekretes. Das Ministerium konnte seine Arbeit erst am 15. Januar 1944 aufnehmen, da sich Armee und Marine über den Grad von Kompetenzenabtretung nicht einigen konnten. Ausführlich *Martin*, Kriegswirtschaft, S. 276f.
- 25 Aufschlußreiche Biographie von D. *Kurzman*, Kishi und Japan. The Search for the Sun, New York 1960.
- 26 Tabellen in *USBB* [Anm. 14], S. 181, S. 222 und bei *Cohen*, S. 240.
- 27 C. D. *Edwards*, The Dissolution of the Japanese Combines, in: *Pacific Affairs* 19, 1946, S. 227–240. Stärker zur Entwicklung nach dem Kriege: N. *Voack*, Die japanischen Zaibatsu« und die Konzentration wirtschaftlicher Macht in ihren Händen, (Diss. Rer. Pol) Erlangen-Nürnberg 1962.
- 28 *Martin*, Aggressionspolitik, S. 229.
- 29 Bestes demographisches Werk: I. B. *Taeuber*, The Population of Japan, Princeton 1958. Hier S. 87: Tabelle: »The industrial structure of the economically active population, 1920–1955«, ferner S. 70ff. für die Fluktuation der Bevölkerung.
- 30 Ebd., S. 94: Tabelle für 1940; *Martin*, Kriegswirtschaft, S. 281.
- 31 *Cohen*, S. 368f.
- 32 Vgl. die in Anm. 8 genannten Titel.
- 33 Grundlegende, einander ergänzende Werke: R. H. *Havens*, Farm and Nation in Modern Japan. Agrarian Nationalism, 1870–1940, Princeton 1974 und R. J. *Smethurst*, A Social Basis for Prewar Japanese Militarism. The Army and the Rural Community, Berkeley 1974.
- 34 Hervorragende Monographie: R. P. *Dore*, Land Reform in Japan, Oxford, 1959, hier S. 19.
- 35 Ebd., S. 24f., 41, 87 und *Bisson*, VII.
- 36 Zur Parteiengeschichte in den dreißiger Jahren: G. M. *Berger*. Parties out of Power in Japan 1931–1941, Princeton 1977.
- 37 T. R. H. *Havens*, Valley of Darkness. The Japanese People and World War Two, New York 1978, 97f. (einzige anhand japanischer Quellen zuverlässig gearbeitete Darstellung in einer westlichen Sprache über die innere Front Japans während des letzten Krieges).
- 38 Ebd., S. 98 (im Dez. 1939); *Dore*, S. 112.
- 39 *Dore*, S. 22 und S. 114 (Tabelle über den staatlichen Aufkaufpreis für Reis aus Eigenbau bzw. Großgrundbesitz).
- 40 Ebd., S. 112.
- 41 Zur Agrarreform des russischen Ministerpräsidenten Peter Arkad'evič Stolypin 1906: K. v. *Dietze*, Stolypinsche Agrarreform und Feldgemeinschaft, Leipzig 1920; J. *Naetzold*, Wirtschaftspolitische Alternativen der Entwicklung Rußlands in der Ära Witte und Stolypin, Berlin 1966.

42 Zum Ablauf der Reform das Werk von Dore; zur amerikanischen Selbsteinschätzung siehe die Denkschrift »Two Years of Occupation – Political Government Section« in der Dokumentation von W. Benz, Amerikanische Besatzungsherrschaft in Japan 1945–1947, in: VfZ. 26, 1978, S. 265–346, hier S. 344.

43 Ienaga, S. 60ff.; Havens, Valley of Darkness, S. 21ff.: Die Kampagne zur Säuberung Japans von westlichen, gefährlichen Gedanken führte schließlich während des Krieges dazu, daß die japanische Sprache, schon damals reich an Anglizismen, purifiziert, die Bibel verboten und Englisch als Fremdsprache 1943 nicht länger unterrichtet wurde.

44 Zur Konformität der heutigen japanischen Nachrichtenmedien siehe die Ausführungen des Korrespondenten der Süddeutschen Zeitung, G. Hielscher, in einer äußerst kritischen Bestandsaufnahme zum heutigen Japan: Gesellschaft und Innenpolitik in Japan und der Bundesrepublik, in: Baring/Sase, S. 559–616, hier S. 614f. Der langjährige Sekretär der Deutschen Botschaft Tokio und ausgewiesene Kenner des Landes, K. F. Zahl, bestätigt dieses Urteil in einer hervorragenden Studie zur japanischen Nachkriegs-Elite (Die politische Elite Japans nach dem 2. Weltkrieg, Wiesbaden 1973, S. 179): »Alle Tageszeitungen mit großen Auflagen – mit der einzigen Ausnahme der kommunistischen »Akahata« – waren und sind trotz scheinbarer Regierungsfeindlichkeit, die mehr eine Geschäftstaktik ist, als echte Redaktionspolitik dargestellt, von der konservativen Politik und ihren Teilinteressen gesteuert.«

45 Berger, S. 313ff. Die Bewegung grenzte sich – obwohl äußerlich nach faschistisch-europäischen Vorbildern modelliert – dezidiert von diesen ab (Martin, Rezeption, S. 100).

46 Havens, Valley of Darkness, S. 60: 361 der insgesamt 464 Abgeordneten wurden von der »Vereinigung zur Unterstützung der Kaiserlichen Herrschaft« gestellt. Ienaga, S. 213: Die Wahlen wurden vor Gericht angefochten und schließlich im März 1945 für ungültig erklärt. Politische Konsequenzen wurden jedoch keine gezogen.

47 Zu den Bemühungen der Amerikaner: Supreme Command Allied Powers (SCAP), Government Section (Hg.), The Political Reorientation of Japan. September 1945 to September 1948. 2 Volumes, Washington D. C. 1949 (Reprints St. Clair Shores, Michigan 1968, Westport, Conn. 1970), S. 338ff. Zur Liberaldemokratischen Partei: N. B. Thayer, How the Conservatives Rule Japan, Princeton 1969; auch das Werk von Zahl.

48 Einzige westliche Darstellung, verfaßt anhand japanischer, meist kommunistischer Darstellungen: Z. Vasiljevová, The Industrial Patriotic Movement. A Study in the Structure of Fascist Dictatorship in War-Time Japan, in: V. Hilska und dies., Problems of Modern Japanese Society (Acta Universitatis Carolinae, Philologica Monographia XXVII), Praha 1971, S. 65–149; ferner Havens, Valley of Darkness, S. 55ff.

49 Cohen, S. 316; auch Ienaga, S. 209. Demnach wurden 1944 insgesamt 216 bzw. 296 Zwischenfälle registriert mit insgesamt 6000 bzw. 10000 Beteiligten. •

50 Am 11. Sept. 1940. Siehe dazu Havens, Valley of Darkness, S. 37ff. u. S. 76ff. Zur entsprechenden Gesetzgebung: N. Toshitani, Family Policy and Family Law in Modern Japan I, in: Annals of the Institute of Social Science (University of Tokyo) 20, 1979, S. 93–125. Dieses System kollektiver Familienverbände stammte aus dem alten China (Pao Chia), war im 7. Jh. nach Japan gelangt und dort bis zur Meiji-Restauration unter verschiedenen Begriffen bekannt. Es diente vor allem der Bespitzelung und Kontrolle des Einzelnen durch die Obrigkeit. Von 1863 bis 1940 existierte das System offiziell nicht. Doch in den dreißiger Jahren hatte die Armee bei der Mobilisierung der Landbevölkerung (Reservisten, Jugendverbände) an die Tradition der vormodernen kollektiven Haftungsgemeinschaft angeknüpft. Ihr politisches Organisationsnetz wurde nicht den neuen, seit der Meiji-Restauration gültigen Gemeindegrenzen (mura = Zusammenschluß mehrerer Dörfer zu einer Verwaltungsgemeinschaft) angepaßt, sondern auf den historischen Grenzen des japanischen Dorfes, das in der Regel von überschaubarer Größe war und sich sozial in einige solcher Groß-Familienverbände untergliederte, aufgebaut (Smethurst, S. 50ff.).

51 Im Jahre 1943 wurden die »Bezirksräte« (community councils) mit der lokalen Administration verschmolzen und somit die direkte Kontrolle des Innenministeriums noch verstärkt (Havens, Valley of Darkness, S. 80).

52 Benz, S. 278 und Political Reorientation of Japan (Anm. 47), S. 284–288: The Abolition of the Tonari-Gumi System.

53 Die japanischen Städte waren im Zuge der Verwaltungsreformen in der frühen Meiji-Zeit in ku-Bereiche (Stadtteile) und cho-Bezirke künstlich aufgeteilt worden. Ein historisches Gemeinschaftsgefühl konnte nicht entstehen, so daß die dörflichen Ordnungsvorstellungen der meist vom Lande stammenden städtischen Neubürger fortlebten und in den städtischen Nachbarschaftsverbänden während des Krieges leicht wiederbelebt werden konnten.

54 Havens, Valley of Darkness, S. 20ff.: Westliche Kosmetika und westliche Kleidung für Frauen wurden ab 1939 verboten. Die »monpe«, eine Art Pluderhose, wurde als weibliche Einheitskleidung propagiert. Westliche Dauerwellen galten als dekadent; Damenfrisöre durften bei ihren Kunden nur drei Reihen anbringen. Westliche Tanzmusik und Tanzvergnügen wurden am 11. Oktober 1940 verboten und die Tanzhallen in den Städten geschlossen. Auch den Männern wurde nahegelegt, westliche Kleidung zugunsten eines einfachen, uniformmäßigen äußeren Habitus (geschlossene Jacke, Baumwoll-Hose) aufzugeben. Diese »Kleiderordnung« setzte sich anfangs nicht durch, wurde aber infolge der strikten Rationierung von Textilien während des Krieges als Notmaßnahme unumgänglich.

55 Toshitani, Family System, S. 106ff.; Ienaga, S. 228; Havens, Valley of Darkness, S. 40. Ein wichtiges Motiv für die staatliche Gesundheitsfürsorge war der sich ständig verschlechternde Gesundheitszustand der Rekruten. Während des Krieges waren ca. 10% völlig untauglich, 30% nur im Notfall verwendungsfähig, so daß lediglich 60% der jungen Männer einberufen werden konnten. Die Zahlen in den 20er und 30er Jahren waren weit besser (Smethurst, S. 72).

56 Martin, Kriegswirtschaft, S. 279f.

57 Cohen, S. 312.

58 Stärkster Rückgang der Konsumgüterproduktion aller kriegführenden Staaten in Japan mit 31% (Cohen, S. 354).

59 Ab Ende 1944 herrschten nackte Not und Hunger im ganzen Land, am stärksten in den städtischen Regionen. Der durchschnittliche Nahrungsmittelkonsum betrug 1945 pro Tag und Person etwa 1680 Kalorien, das Existenzminimum liegt bei 2165 Kalorien (Cohen, S. 386). Zur mangelhaften Ernährungslage auch Ienaga, S. 192ff. und Havens, Valley of Darkness, S. 116ff. Die Schwarzmarktpreise waren exorbitant: Im Juli 1945 im Durchschnitt 12 mal höher als die staatlich festgesetzten Preise. Reis kostete schon im November 1944 auf dem schwarzen Markt das vierzigfache des staatlichen Satzes (Cohen, S. 362ff.).

60 N. Toshitani, Japan's Modern Legal System: Its Formation and Structure, in: Annals of the Institute of Social Science (Tokyo University) 17, 1976, S. 1–50, hier S. 36ff.

61 Bei den Parlamentswahlen am 10. April 1946 waren Frauen erstmals stimmberechtigt aufgrund des neuen Wahlgesetzes vom 17. Dez. 1945. Abdruck in: Political Reorientation of Japan (Anm. 47), S. 822–845. Das neue Familiengesetz vom 22. Dez. 1947 brachte der Frau die rechtliche Gleichstellung mit dem Mann (Ebd., S. 1076–1087).

62 T. R. H. Havens, Women and War in Japan, 1937–1945, in: AHR 80, 1975, S. 913–934.

63 J. Lebra, u.a. (Hg.), Women in Changing Japan. Boulder, Colo. 1976; R. Herold, Die Blume am Arbeitsplatz. Japans Frauen im Beruf. Tübingen/Basel 1980.

64 Havens, Women and War, S. 917ff.

65 Ienaga, S. 190: Die Offiziere verfügten auch im Felde über ihre »leibeigenen« Prostituierten, die z. B. in den Endkämpfen auf Okinawa mit in die Gräben genommen wurden und eines gewaltsamen Todes starben.

66 Havens, Valley of Darkness, S. 110.

67 Cohen, S. 326: In Japan arbeiteten etwa 94000 Koreaner (Korea war indes 1912 von Japan annektiert worden und gehörte staatsrechtlich zum Kernland) und etwa 31000 Chinesen. Diese »Fremdarbeiter« hatten Arbeitsverträge von nur zwei Jahren und verrichteten in der Regel Kuli-Schwerstarbeiten in den Bergwerken unter Tage. Havens, Valley of Darkness, S. 104, gibt die Zahlen 1,3 Millionen Koreaner für den Zeitraum 1937–1945, und 38000 dienstverpflichtete Chinesen an. Dies entspräche 4% der Arbeiterschaft, im Gegensatz zu 20% Anteil der ausländischen Arbeiter in Deutschland. Doch die Zahl der Koreaner dürfte zu

hoch gegriffen sein und vermutlich alle in Japan als Koreaner erfaßte Personen umfassen. *Ienaga*, S. 169f.; Schätzwerte besagen, daß 6830 Chinesen und etwa 60000 Koreaner den Kriegseinsatz in der japanischen Industrie nicht überlebten, sondern zu Tode geschunden wurden oder an Unterernährung oder auch bei den zahlreichen Unfällen in den Bergwerken starben. Bei einem Streik der chinesischen »Sklaven«-Arbeiter in den Hanaoka Kupferbergwerken (Akita Präfektur) wurden am 30. Juni 1945 von 850 beteiligten Chinesen kurzerhand 500 ermordet. Die Arbeitsproduktivität in den Kohlebergwerken war nicht zuletzt wegen der eingesetzten Zwangsarbeiter am niedrigsten von allen Industriestaaten: In Japan förderte ein Arbeiter pro Jahr 1944 119 Tonnen, in Großbritannien 269 und in den USA 1430 Tonnen Kohle (*Cohen*, S. 348f.). Die weißen Kriegsgefangenen wurden im Arbeitseinsatz ähnlich wie Koreaner und Chinesen behandelt, so daß 27% nicht überlebten. Ausführliche Schilderung der japanischen Kriegsverbrechen bei E. F. L. *Russell*, (Lord Russell of Liverpool), *The Knights of Bushido: The Shocking History of Japanese War Atrocities*, New York 1958.

68 *Havens*, *Women and War*, S. 918. Im gleichen Zeitraum blieb in Deutschland, wo auf höchste Weisung die Frauen gleichfalls hinter den Herd postiert wurden, die Zahl der weiblichen Industriearbeiter etwa konstant. Vgl. D. *Winkler*, *Frauenarbeit im »Dritten Reich«*, Hamburg 1977, insbesondere den tabellarischen Anhang.

69 *Havens*, *Valley of Darkness*, S. 135f. und *Taeuber*, (Anm. 29), S. 355: Die Bevölkerung der japanischen Mutterinseln nahm zwischen den Volkszählungen 1. Okt. 1940 und 22. Febr. 1944 um 3,7 Millionen zu.

70 *Havens*, *Women and War*, S. 915. Die Vereinigung wurde noch vor Kriegsende, im Juni 1945, aufgelöst.

71 Zum Massensexodus aus den Städten: *Havens*, *Valley of Darkness*, S. 154–172.

72 Vgl. die Resümees bei *Havens*, *Valley of Darkness*, S. 198 und bei *Ienaga*, S. 226ff.

73 *Martin*, *Kriegswirtschaft*, S. 284.

74 *Ebd.*, S. 277.

75 Lediglich die Zahl der getöteten Zivilisten ist in einer amtlichen Statistik von 1949 mit 299485 erfaßt (*Ienaga*, S. 199 und *Cohen*, S. 408). Die Zahl der getöteten Soldaten läßt sich nicht genau ermitteln. Insgesamt gelangten nur ca. ein Viertel der Eingezogenen, d. h. 2 von 8 Millionen, in Kampfeinsatz. Die offiziellen japanischen Verlust-Statistiken wurden Ende August 1945, zwischen Waffenstillstand und förmlicher Kapitulation, wie vieles andere Archivgut verbrannt. Die japanische Ziffer von 1,5 Millionen getöteter Soldaten für den Zeitraum 7. Dezember 1941–15. August 1945 erscheint zu hoch gegriffen. Nach amerikanischen Untersuchungen, die sich auf Aussagen hoher japanischer Militärs stützen, wurden in Kampfhandlungen ca. 459000 japanische Soldaten getötet. Es kann in jedem Fall davon ausgegangen werden, daß eine größere Anzahl der Soldaten des Tenno an Unterernährung, Seuchen, Hunger und Unglücksfällen starben als an direkten Kampffolgen – ein weiterer schlagender Beweis für die Ignoranz und Unbekümmertheit der militärpolitischen Führung des Landes während des Zweiten Weltkrieges (Zu den Zahlen: *Taeuber*, S. 333ff.).